

Laibacher Zeitung.

Nr. 276.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. 5.50. Für die Aufstellung ins Paar halbj. 60 kr. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Mittwoch, 2. Dezember

Insertionsgebühr: Für kleine Inserate bis zu 4 Seiten 25 kr., größere pr. Seite 6 kr.; bei späteren Wiederholungen pr. Seite 3 kr.

1874.

Richtamtlicher Theil.

Zur Eisenbahnfrage.

Die „Montags-Revue“ widmet dem Exposé des österreichischen Handelsministers über die Eisenbahnfrage eine längere Besprechung, der wir nachfolgende Stellen entnehmen:

„Die Auseinandersetzungen des Herrn Dr. Bahnans haben in der Öffentlichkeit einen verblüffenden Eindruck gemacht. Seit dem Ausbruche der Krise ist als alleiniges Schlagwort der Eisenbahnbau ausgegeben worden, als das einzige große Hilfsmittel in der allgemeinen Noth. Wir sind die letzten, welche den Werth eines ausgedachten Eisenbahnbaues erkennen. Denn zu nahe liegend sind die Vortheile desselben für die Gegenwart und nicht unbedeutend für die Zukunft. Man belebt die Eisen- und Holzindustrie; es werden tausende von Arbeitern bei den Erdarbeiten beschäftigt, und auch auf die Textilindustrie fallen wertvolle Brotsamen ab. Das ist die klare Bedeutung für die Gegenwart. Die Zukunft hat den Vortheil, daß immer neue Länderstrecken die bequemere und raschere Schienenverbindung erhalten und daß sich im Laufe der Zeit, erfahrungsmäßig allerdings in einer sehr langen Zeit, industrielle Etablierungs längs der Eisenstraßen erheben, welche die Steuerkraft des Landes heben. Allein das Schlagwort ist mit gewohnter Leichtfertigkeit hinausgeworfen worden und wie gratulieren dem Ministerium, daß es sich nicht derselben angeschlossen hat. Wir vermeiden, die Erfahrungen anderer Länder infolge eines überhaasteten Eisenbahnbaues zu citieren, wir haben der naheliegenden Beispiele genug, mit brauchen sie nur in Österreich-Ungarn zu suchen. Der rapide Eisenbahnbau der letzten fünf Jahre war die Ursache einer wahnsinnigen Lohnverhöhung, die aufrechtzuhalten keine Anstrengung vermag, weil sie unnatürlich ist. Der Landmann hat am meisten darunter geblüht, weil seine Bodenrente mit diesen Forderungen nicht in Einklang zu bringen war, und noch ist Österreich-Ungarn zu viel Agriculturnstaat, um mit Verseitigung der Landwirtschaft ein solches Misverhältnis ertragen zu können.“

Im Oranye dieses forcierten Eisenbahnbauis hat sich die Eisenindustrie auf einem Fuße etabliert, der sie zwar infolge der durch eigene Schuld verheerten Arbeitslöhne und Erzeugungskosten nicht zur vollen Conkurrenzfähigkeit mit dem Auslande befähigt, dafür aber für normale österreichische Verhältnisse zu groß ist, so daß die Tätigkeit, wenn nach dem Aufblitzen durch den Eisenbahnbau nur der gewöhnlichen Nachfrage der Industrie, der Land- und Hauswirtschaft zu genügen bleibt, in sich zusammenfassen muß. Will man nicht, daß der Staat continuierlich und ständig Eisenbahnen

bauet, d. h., will man nicht, daß die Gesamtheit der Steuerträger eine einzelne Industrie subventioniere, dann muß man sich auf eine Reduction der Eisenindustrie gesetzt machen. Die Vortheile der übrigen Produktionsgebiete aber, wenn auch namhaft, reichen doch gewiß in keinem Falle aus, um einen solchen Anspruch an den Steuerbüchel im Ernst zu begründen.

Faßt man den finanziellen Standpunkt in das Auge, so stellen sich die Resultate der in unserer Monarchie leicht anzustellenden Beobachtungen noch trübseliger. Ungarn, hingerissen von der Sucht, über Nacht ein großer Industriestaat zu werden, baute Eisenbahnen der Kreuz und Quere nach und meinte, daß ebenso rasch die steuertragenden Fabriken sich daneben erheben werden, ohne zu bedenken, daß das Land noch gar nicht die Vorbedingungen zu einem Industriestaat in sich trage, und daß es sich vorerst darauf beschränken müsse, jene Schienenwege herzustellen, welche genügen, um die Produkte seiner Feldwirtschaft dem europäischen Markt zuzuführen. Es ist in eine Überschuldung gerathen, welche die Staatsfinanzen dem Bankrott nahegebracht hat, ohne die Produktionsfähigkeit des Landes auch nur annähernd im Verhältnisse zu den übernommenen Lasten gehoben zu haben.

So arg war es in Österreich nicht, zumal es Leute gegeben hat, welche trotz der bei uns im Eisenbahnbau üblichen Kapitalsverschwendungen und Kapitalverluste nicht garantirte Eisenbahnen gebaut haben. Dennoch sind die Staatsfinanzen bei einem Punkte angekommen, wo durch die Ansprüche des Eisenbahnbaues das Deficit wieder aufzuleben und umso mehr chronisch zu werden droht, als man, einmal auf der schiefen Ebene, durch lange Jahre zu solchen Herstellungen gezwungen wäre.

Die „Neue freie Presse“ hat zwar dem Handelsminister vorgehalten, daß er den Fehler begehe, Kapital und Zinsen zu verwechseln. Unsere geehrte Collegin verfällt aber dabei selbst in die Fehler einer Verwechslung. Für die entstandene Eisenbahn sind allerdings Kapital und Zinsen zwei ganz verschiedene Dinge, man kann als Leiter einer solchen niemals das vom Staate einmal aufgewendete Baukapital und eine für die die ganze Concessionsdauer gegebene Zinsengarantie verwechseln. Der Standpunkt der Regierung ist aber nur der budgetmäßige und für sie bleibt es gleichgültig, ob sie eine Summe als Zinsengarantie, als Bauzuschuß oder als ganzes Herstellungskapital gibt, sie muß für die Bedeckung sorgen, und findet sie dieselbe nicht in den Staatsentnahmen, so hat sie ein Deficit, das in der Regel im Wege des Schuldenmachens beseitigt wird. Es ist für die Regierung auch ganz einerlei, für welche Strecke sie die Auslagen zu bestreiten hat. In den Jahren 1874 und 1875 werden es die tarnow-selschko-

wer, die rakonitz-protiwiner und istrianer Bahn sein, in den Jahren 1875 und 1876 wird die dolmatinische Linie im Vorbergrunde stehen. Hätte der Herr Handelsminister dem Abgeordnetenhaus eröffnet, daß er neue Strecken zu bauen beabsichtige, so wären in den weiteren Jahren die Kosten hiesfür aufzubringen gewesen — für den budgetmäßigen Standpunkt stets das nemliche.

Die Regierung hat das nicht gethan. Sie hatte den Mut, zu erklären, daß sie erst die Eisenbahnfrage studiren und dem Abgeordnetenhaus den principiellen Fragepunkt, ob Staats-, ob Privatbahnbau vorlegen wolle, und daß sie erst dann nach einem gereisten Blame die Vervollständigung des Netzes vorzunehmen beabsichtigt. Will man nicht, wie dies leider in den letzten Jahren geschah, die unlesgbaren Vortheile des Eisenbahnbaues in eine kurze Zeit zusammendrängen und unmittelbar darauf die Periode eines tiefen Versalles heraufbeschwören, dann ist der Weg der Regierung als der Weg der Stätigkeit ohne Überlastung oder ohne Überspannung der richtige.

Das Ministerium und die öffentliche Meinung werden dabei Zeit und Gelegenheit finden, die erwähnte Principienfrage zu studieren. Und das hat seinen ungeheuren Werth, denn der Staatsbahnbau, den man heute als das Arcanum predigt, ist die nemliche Methode, gegen welche man vor noch gar nicht langer Zeit nicht genug Argumente aufstreben konnte, von denen eines, die enormen Verluste des Staates, nur allzu reell gewesen ist. Es bleibt eine Frage, ob das damals gezahlte Lehrgeld auch für heute gilt, oder ob der Regierung nicht neue Erfahrungen schlimmerer Art vorbehalten sind. Gewiß aber ist Eins: Wenn man nach reiflicher Erwägung zu dem Entschluß gelangt, den Staatsbahnbau zu inauguriere, dann muß man sich auch sofort darüber klar sein, daß aus der Hand verlorenen Eisenbahnweisen wieder in die Staatsverwaltung zurückzukommen. Wenn es nun außer dem Bereich der Möglichkeit liegt, die alten Bohnen zu fassen, so ist es doch möglich, sie indirekt nachdrücklich zu beherrschen, wenn die neuen Linien so eingeschoben werden, daß sie zur Lebensfrage der alten werden. Das will trotz Notstand und Elend überdacht und erwogen sein, weil ein Ministerium nur dann in den Steuerbüchel greifen darf, wenn den verlangten großen Opfern ein Preis gegenübersteht, der wieder dem ganzen Lande zugute kommt.“

Reichsrath.

24. Sitzung des Herrenhauses.

Wien, 28. November.

Se. Durchlaucht der Herr Präsident Fürst Karl Auersperg eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 45 Min.

Auf der Ministerbank: Se. Durchlaucht der Herr Ministerpräsident Fürst Adolf Auersperg, Ihre

Feuilleton.

Irrsinnig.

Roman von W. Henrichs.

Fünftes Kapitel.

(Fortsetzung.)

„Es war im Spätherbst 1849, als ich unter dem Beistande des Dr. Davis meinen Sohn gebaß. Vom Schwindel befallen, der mich unfähig machte, mein Kind zu sehen, hörte ich nur, wie im Traume, den Doctor sagen: daß es ein Sohn und daß er gesund und lebensfähig sei.“

„Als nun die Frauen sich anschickten, mich in ein anderes Bett zu legen, da stürzte plötzlich Dr. Davis, von Krämpfen befallen, in meinem Zimmer nieder. Um mir den traurigen Anblick des so plötzlich Erkrankten zu ersparen, trugen die Frauen mich in das Nebenzimmer und legten mich in Luciens Bett, welches dort für sie aufgestellt worden war, damit sie in meiner Nähe wäre, wenn ich des Nachts ihrer benötigt sein sollte.“

„Halt!“ rief die Greisin, „sage mir, auf wessen Befehl diese Anordnungen getroffen waren.“

„Auf meinen eigenen“, sagte Karoline, „was die Betten anbelangt, — daß man mich ins Nebenzimmer gebracht hatte, bemerkte ich erst, als ich aus meiner Ohnmacht erwachte. Unterdessen waren die Frauen mit dem Kinde beschäftigt. Auch hatten sie zwei Männer kommen lassen, welche den Doctor nach seinem Hause trugen. Ich erwachte endlich aus meiner Betäubung, und

da niemand bei mir war, so zog ich die Glocke. Gleich darauf trat Lucie ein und ich bat sie, mir mein Kind zu bringen. Es fiel mir auf, daß sie sehr bleich und krank aussah, aber ich äußerte mich nicht darüber, weil ich zu sehr mit meinem Kinde beschäftigt war, daß sie mir in den Arm gelegt. Sie hatte mich kaum wieder verlassen, als ich sie im Nebenzimmer stöhnen hörte, und aus dem Geslüster, welches dort stand, entnahm ich, daß ein neues Unglück in meinem Hause ausgebrochen sei.“

„Es war Lucie, welche erkrankte. Man legte sie in mein Bett, und die Verwirrung stieg aufs höchste, da kein Arzt im Städchen zu finden war.“

„O, mein Gott!“ rief Mutter Walpole. „Aber wo war denn dein Gatte?“

„Auch er war unwohl“, versetzte Caroline. „Er blieb auf seinem Zimmer, welches im zweiten Stock gelegen war.“

„Und er kam nicht zu deinem Beistande?“ fragte die Greisin, „er ließ dich allein in all deinen Drangsalen?“

„Freilich, wohl“, seufzte Karoline; „allein vielleicht wußte er selbst nicht, was unten vorging. Auch hatte er mir oft gesagt, daß er nicht im stande sein würde, zu gegen zu sein, wenn meine Stunde kommen sollte. Er habe viel mehr Angst vor dem kommenden Ereignis, als ich selbst, und möchte am liebsten eine Reise machen und nicht eher zurückkehren, bis alles überstanden sei. Ich aber hatte ihn gebeten, mich nicht zu verlassen. Ich versprach ihm, ich wollte recht tapfer sein, er möge sich oben auf seinem Zimmer ruhig verhalten, bis ich ihn rufen lassen würde.“

„Hm!“ meinte Mutter Walpole, „daraus sollte

man folgern, daß es doch kein lange vorher überlegter Plan war.“

„Du hältst ihn also auch der schwarzen Thot nicht für fähig?“ fragte Karoline.

„Wir wollen erst das Ende hören, gutes Kind“, warf die Greisin ein. „Erzähle mir jeden Umstand aussägen.“

Und Karoline fuhr in ihrer schmerzlichen Erzählung fort:

„Lucie war in wenigen Stunden eine Leiche. Sie war sehr entstellt, die Blöße ihres Gesichtes völlig verzerrt, so wenigstens hörte ich die Frauen im Nebenzimmer sagen.“

„Wer aber war denn in deinem Hause“, fragte Mutter Walpole in scharfem Tone. „Wer pflegte dich?“

„Es war eine Frau aus der Umgegend“, antwortete Karoline. „Ihr Name war Allison. Sie vermietete sich gewöhnlich als Wärterin; sie war, wie ich leider bemerkte, dem Trunk ergeben. Die andere, ein junges Mädchen aus der Stadt, namens Jane, war bloß zur Aushilfe da.“

„Und der Doctor“, fragte die Kranke, „hat er dich nicht wieder besucht?“

„Nein“, versetzte Caroline, „er ist vermutlich ebenfalls gestorben. O“, seufzte sie, „wenn er noch lebte! er könnte meine Identität beweisen.“

„Und auf welche Weise kamst du hierher?“ fragte die Kranke.

„Ich will dir erzählen, so viel ich selbst davon weiß“, sagte das arme Opfer, „und du magst es dir dann selbst erklären, wie das Hubenstück gelang. Mr. Botany war im Nebenzimmer, ich hörte seine Stimme. Er beklagte den Tod seiner geliebten Gattin, wie er sie

Excellenzen die Herren Minister: Dr. Banhans, Dr. Unger, Freih. v. Pretis und Oberst Horst. Es werden die Einläufe mitgetheilt.

Sectionschef Freih. v. Hofmann thieilt seine Ernennung zum Präsidenten des orientalischen Museums mit, übersendet mehrere Exemplare des Programms und bittet, das hohe Haus möge demselben seine wohlwollende Aufmerksamkeit zuwenden.

Die überreichten Petitionen betreffen zumeist Eisenbahnanlegenheiten, speziell den Bau der Linien Laibach-Karlstadt, der Salzammergut-Bahn und von Iglau bis zur böhmischen Grenze; ferner die Einbeziehung der pensionierten Stabs- und Oberoffiziere in das neue Militär-Pensionsgesetz und die Aufhebung des Legalisierungszwanges.

Die Petitionen werden den betreffenden Commissionen zugewiesen.

Zur Tagesordnung übergehend wird die Consular-Convention zwischen Österreich-Ungarn und Italien auf Antrag des Hofrathes Neumann der Staatsvertragscommission zugewiesen.

Es folgen die Wahlen in die Commission für das Militär-Pensionsgesetz, die Grundsteuer-Regulierungs-Centralcommission, die Baucommission für das Parlamentsgebäude und in den Staatsgerichtshof, in welchen Freiherr Otto v. Apfalterer gewählt wurde.

Das Budget für 1875 wird nach Einlangen vom Abgeordnetenhaus mit Umgehung der ersten Lesung der Budgetcommission überwiesen werden.

81. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Wien, 28. November.

Präsident Dr. Rechbauer eröffnet um 11 Uhr 15 Min. die Sitzung.

Auf der Ministerbank befinden sich: Ihre Excellenzen die Herren Minister: Dr. Freiherr v. Lassner, Dr. v. Stremayr, Dr. Glaser, Dr. Ritter v. Chlumek und Dr. Biemakowski.

Auf der Bank der Regierungsvertreter: Ministerialrath v. Giuliani.

Zur Bertheilung gelangen die Berichte des Budgetausschusses über die Voranschläge: Ministerium des Innern, Cultus und Unterricht, der Finanzen und des Ackerbauministeriums.

Unter den Petitionen befinden sich jene der steiermärkischen Landwirtschafts-Gesellschaft in Graz wegen Einfuhrverbotes des russischen Steppenviehs nach Österreich, wegen Einführung totaler Grenzsperrre und wegen Regelung des Veterinärwesens; die Petition der Eisenindustriellen um energische Inangriffnahme der Eisenbahnbauten und um Herstellung der Bahlinien Iglau-böhmische Grenze, Wien-Zopresic, Sillstein-Furth und Laibach-Karlstadt.

Es wird zur Tagesordnung geschritten.

Abg. Dr. Roser begründet seinen Antrag auf Wahrung der Öffentlichkeit für den Ausschuss zur Beurtheilung wegen Reform der politischen Verwaltung. Der Antrag wird angenommen.

Es folgen mehrere Ausschuss-Ergänzungswahlen und wird sodann die Specialdebatte über das Aktiengesetz fortgesetzt.

Die Paraphäe 13 bis 15 werden ohne Debatte angenommen.

Zu § 16 spricht Abg. Neuwirth über die rechtliche Natur der Kassenscheine. Die Gerichte messen denselben nicht den Werth vollen Glauben verdienender Ur-

kunden bei, weil die Unterschriften der Beamten auf Kassenscheinen nicht gerichtlich protokolliert waren. Mit der Ertheilung des Rechtes zur Ausgabe von derlei Scheinen sei man zu freigebig umgegangen, woher denn auch die großen damit getriebenen Missbräuche stammen. Manche Institute gaben für zum Compte angebotene Wechsel nicht Geld, sondern ihre eigenen Kassenscheine und entrichten damit eine nicht autorisierte Ausgabe von Zettelgeld. Obgleich der Justizminister ein specielles, diesbezügliches Gesetz in baldige Aussicht gestellt hat, so fürchtet Redner doch, daß die Zeit zu kurz werden dürfte, um dasselbe noch in diesem Jahre heralben zu können und er beantragt daher eine Abänderung des § 16 dahin, daß vor dem Zustandekommen dieses angekündigten Gesetzes die Ausgabe von Kassenscheinen von der staatlichen Bewilligung abhängig gemacht werde.

Der Antrag wird abgelehnt und § 16 sowie die folgenden §§ 17, 18, 19 und 20 nach der Fassung des Ausschusses angenommen.

Der Ausschuss beantragt noch die Hinzufügung eines neuen Paragraphen zu diesem Gesetze, nach welchem das mit der Nationalbank abgeschlossene Vereinbarungen, sowie die Statuten dieses Institutes durch das vorliegende Gesetz nicht berührt werden. (Angenommen.)

Zur Affaire Arnim

Liegend uns wieder einige Journalstimmen vor, die wir zur Kenntnis nehmen wollen:

"Neue Stettiner Zeitung": "Am 9. Dezember soll der Prozeß Arnim zur Verhandlung kommen; es ist aber möglich, daß ein Ausschub erfolgt. Graf Arnim ist sehr leidend und die Ärzte halten das für, in vierzehn Tagen werde er nicht schon so weit hergestellt sein, um sich den Strapazen einer Vertheidigung unterziehen zu können. Denn Rechtsanwalt Munkel führt zwar die Arnim'sche Sache als Rechtsverständiger, allein er wird bei den Verhandlungen sehr viel weniger zu Worte kommen als der Graf, der sich in den Hauptpunkten selbst vertheidigen will. Und ist sein Vindictivismus nach dritthalb Wochen nicht besser wie heute, so werden die Rechtsärzte nicht umhin können, die Vertagung der Verhandlung zu beantragen. Die Zeugen sind zwar schon geladen, allein das verschlägt nichts; sie können eine neue Vorladung erhalten. Möglicherweise beantragt der Angeklagte schon in diesen Tagen, daß der Termin weiter hinausgeschoben werde. Wir stehen vor sehr wichtigen und folgenschweren Verhandlungen. Der Reichskanzler Fürst Bismarck hält sich überzeugt, Arnim sei schuldig; das sprach aus Bismarcks Mienen, als er am Samstag im Reichstage beklagte, daß gerade höchstgestellte Personen gewagt hätten, die Majestät des Gesetzes zu beleidigen, und nicht etwa, meinte der Kanzler, bloß die Bischöfe, sondern in erster Reihe den Grafen Arnim, dessen Sache Windhorst in die Dabattheit hineingezogen hatte. Die Arnim-Affaire liegt auf unseren politischen Kreisen wie Blei und leider noch lange wird sie uns bedrücken; denn dem Spruch des ersten Richters folgt eine Appellation entweder seitens des Staatsanwalts oder seitens des Angeklagten."

"Schles. Zeitung": "Sicherem Vernehmen nach wird in der Schlussverhandlung gegen den Grafen Arnim Ausschluß der Öffentlichkeit von Seite des Staatsanwalts beantragt werden. Die Natur der bei dieser Gelegenheit seitens des Kalls zur Begründung der Strafanträge vorzulegenden Documente (Dippechen &c.) läßt, schon nach dem, was bisher darüber in der Presse verlautete, die Wahrheitlichkeit voraussehen, daß die Verhandlung im Interesse des Staatswohles bei geschlossenen Thüren statt finden werde."

"Montags-Revue": "Eine einlenkende Erklärung der 'Nordd. Allg. Blg.' über die Haltung eines Theiles der österreichischen Presse in der Arnim-Frage hat eine ziemlich unerquickliche Episode gegenseitiger Recriminationen und eines recht überflüssigen Zeitungstreites in erfreulicher Weise abgeschlossen. Die Meinungen haben sich vielleicht nicht geändert, aber ihr Ausdruck ist ein sachlicher und weniger verleygender geworden. Von beiden Seiten werden dem Rechte selbstständiger Auffassung und Überzeugung billige Zugeständnisse eingeräumt. Eine vollständige Objectivität der Darstellung ist wohl durch die Natur des Zeitungswesens ausgeschlossen. Zeitungswesen ist Parteiwesen und niemand wird darauf rechnen, die flüchtige Tagesmeinung immer auf den Wegen streng abwägender Gerechtigkeit und vorurtheilsloser Prüfung zu finden.

Wir selbst haben, wie unseren Lesern vielleicht erinnerlich ist, uns in der vielbesprochenen Frage auf Seite der preußischen Regierung gestellt. Die Gesichtspunkte staatlicher Disciplin und unterschiedloser Handhabung des öffentlichen Rechtes schien uns vom ersten Augenblick an, für die Beurtheilung des Falles maßgebend zu sein. Seither ist nichts eingetreten, was uns zu einer Modification unserer Ansichten genöthigt hätte. Die Untersuchung gegen den Grafen Arnim wird allem Anschein nach mit großer Gewissenhaftigkeit und mit sorgfältigster Wahrheit aller Rechtsformen geführt. Die neuzeitliche Verhaftung des Grafen möchte sich als ein Act der Strenge darstellen, aber sicherlich konnte sie nicht in einen Act der Willkür umgedeutet werden.

Und jene Strenge schien uns sogar eine nicht ganz unverdiente zu sein. Die höhere sociale Stellung erhöht

das Maß der staatlichen Pflichten und es war nicht erkennbar, daß sich Graf Arnim selbst in der peinlichen Lage, in die er gerathen ist, des vollen Umfangs dieser Pflichten bewußt geworden wäre. Er hatte ein Beispiel würdevoller Unterordnung unter das Gesetz zu geben, gerade jetzt mußte er auf die Anwendung der kleinen Mittel verzichten, mit welchen man die öffentliche Meinung zu gewinnen sucht. Die Veröffentlichung der Correspondenz mit dem Reichskanzleramt, die doch wohl dem Grafen zur Last zu legen ist, war nicht nur ein Fehler, sondern wenn sie auch nicht unter den Gesichtspunkten des Strafrechts fällt, jedenfalls der Ausdruck einer Unbotmäßigkeit, die weder seine Ankläger noch seine Richter wilder stimmen konnte. Wenn Graf Arnim über persönliche Verfolgung klagt, so mag er sich doch auch entgegenhalten, wie sehr auf der anderen Seite auch das persönliche seiner Haltung die Anwendung einer schärferen und unnachgiebigeren Procedur herausfordert hat. Ob der Graf in letzter Linie schuldig gesunden wird oder nicht, ist für diese Seite der Frage nicht einmal entscheidend. Wer selbst die Rücksichten gegen seine Behörde, seinen Staat, ja gegen seinen Souverain in so hohem Grade verleugnet hat, wird kaum berechtigt sein, den Vorwurf der Rücksichtlosigkeit gegen andere zu erheben.

Andererseits wird man zugestehen müssen, daß eine andere Auffassung wohl möglich und ihre bona fides nicht von vornehere anzuzweifeln war. Die Forderungen, die aus der inneren Natur des Staatslebens, aus seiner festen Gliederung in Ordnung und Disciplin fließen, sind der großen Richtung der öffentlichen Meinung weder so verständlich noch so sympathisch als die Grundsätze der persönlichen Freiheit und Selbständigkeit des Einzelnen. Leicht sieht sie dort Gewalt, wo mehr noch als das Zwangsrecht, die Zwangspflicht des Staates vorliegt. Gerade bei der Besprechung des Falles Arnim ist dies vielfach in den Vordergrund getreten. Die Lust am Scandale, die Freude, an dem großen Staatsmann, in dessen Hände die Geschicke des deutschen Reiches gelegt sind, endlich auch ein Zeichen vermeintlicher Schwäche entdeckt zu haben, mag dabei im einzelnen mitgewirkt haben. Aber es war begreiflich, daß gerade die freisinnigen Blätter mit ihren ersten Instinkten, wenn man so sagen darf, sich auf die Seite des scheinbar Unterdrückten stellten und dabei zu überschreiten schienen, daß es sich in der Angelegenheit nicht um politische, sondern um die ernsten Fragen von Recht und Gesetz und von dem Werthe der öffentlichen Institutionen eines befreundeten Staates handle.

Dass dieser Auffassung weder die Feindseligkeit gegen das deutsche Reich noch gegen seinen Kanzler zu Grunde lag, ist seither von der 'Nordd. Allg. Blg.' selbst, wenigstens indirect zugegeben worden. In der That wäre es in hohem Grade bedauerlich, wenn so vereinzelten und vorübergehenden Erscheinungen irgend welche principielle Bedeutung zugemessen werden sollte. In Wien wie Berlin hatte man bei der Begründung des gegenwärtigen Verhältnisses beider Staaten politischen Traditionen, politischen Vorurtheilen gleichmäßig zu entsagen. Nur das wechselseitige Vertrauen konnte die Basis dieses Verhältnisses sein. Dies gilt nicht nur von den Gabi- netten, in bezug auf welche die 'Nordd. Allg. Blg.' gleich anfangs einen nur gerechten und sachlich begründeten Vorbehalt machte, es gilt in nicht minderem Grade von den Völkern. Über die Gefahren einer Aufrisseung alter Differenzen ist ihre zwar junge aber kräftige Freundschaft hoffentlich hinaus. Aber auch augenblickliche Meinungsverschiedenheiten sollten beiderseits nur mit dem Maße dieser Freundschaft gemessen werden. Der Fall Arnim, so großes Gewicht man in Berlin auf ihn legt und wie sehr man sich durch die Haltung eines Theiles unserer Presse bestimmt, ja verleyt gefühlt haben mag, war sicherlich nicht geeignet, die Reminiscenzen an Beziehungen, die nun glücklich und für immer befestigt sind, herauszubeschwören.

Indes, diese Episode ist nun, wie gesagt, abgeschlossen und auch diese Zeilen haben nur den Zweck, der verhältnißhaften Stimmung, die offenbar von beiden Seiten eingetreten ist, Nachdruck zu geben. Dass wir dabei die Interessen beider Staaten vor Augen haben, bedarf keiner Aussführung. Deutschland kann uns nicht mehr bieten, als wir voll und ganz zu erwarten imstande sind: aufrichtige politische Freundschaft, uneigennützige Sympathien, eine lebendige Mitarbeiterchaft auf allen Gebieten staatlicher Kultur und fortschreitender Civilisation. Ein so warmes und festes Verhältnis kann durch Fragen zweiten Ranges nicht getrübt werden. Und legt man in Berlin auf einen Umschwung eines Theiles der hiesigen öffentlichen Meinung auch inbetrifft der Arnim-Affaire Wert, so scheint uns, man sei dort im allgemeinen kräftig genug, um diesen Umschwung ruhig abzuwarten und in der Sache selbst stark genug, um auf ihn nach den voraussichtlichen Ergebnissen des Prozesses mit Sicherheit rechnen zu können."

Politische Übersicht.

Laibach, 1. Dezember.

Bei Feststellung der Matricularbeiträge für 1875 im deutschen Bundesthale erklärte sich der großherzoglich sächsische Bevollmächtigte beauftragt, mit Rücksicht auf die finanz-politisch bedenkliche Steigerung der

Matrikularbeiträge dem bringenden Wunsche Ausdruck zu geben, daß noch vor Auffstellung des Etats pro 1876 auf neue Finanzquellen des Reiches ernstlich Bedacht genommen werde. Er bezeichnete als solche die Tabaksteuer, einen Zoll auf Mineralöle, Erhöhung der Biersteuer, eine Reichsgewerbesteuer und eine umfassende Reichstempersteuer.

In der am 29. v. M. in Paris stattgesunden Versammlung der äußersten Linken und der Linken wurde einmütig die Ansicht ausgesprochen, daß man unverzüglich zur Berathung des Gesetzentwurfes über die Cadres der Armee schreiten und jede politische Discussion sowie die Berathung der constitutionellen Gesetze bis nach dem 1. Jänner vertagen solle. Man glaubt, daß in der morgigen Versammlung der drei Gruppen der Linken ein gleicher Beschluß gefaßt werden wird. Da die Fractionen der Rechten auch derselben Anschauung sind, sieht man einer sehr ruhigen Wiederaufnahme der Session entgegen. — Der pariser Correspondent der „Indépendance belge“ erklärt die Gründungen, daß die Bonapartisten von Chiselhurst und die Legitimisten von Frohsdorf die Weisung erhalten haben, die Konstituierung des Septennats zu bekämpfen und gegen die constitutionellen Gesetze zu stimmen, für glaubwürdig.

Der englische Gesandte Sir Henry Elliot richtete an die Pforte eine Note, zu welcher derselbe bekanntgegeben wird, daß der Sklavenhandel zwischen Bengazi und der Barberie und in andern Theilen des ottomanischen Reiches täglich an Ausschauung gewinnt. Der Gouverneur versprach in einem Antwortschreiben, wirksame Maßregeln zu ergreifen, um diesen Handel zu hemmen.

Der italienische Unterrichtsminister Vonghi überreichte eine Vorlage über die Gehaltserhöhung der Sekundarlehrer um 40 Prozent und ist entschlossen, aus deren Annahme eine Cabinettsfrage zu machen.

Aus Spanien verlautet, daß Don Carlos dem General Dorregaray neuerdings den Oberbefehl angegriffen habe, dieser aber sich weigerte, denselben zu übernehmen. Der Kampf am 25. auf dem Berge San Marcial war nach einem Berichte der „Königlichen Zeitung“ sehr mörderisch. Die Carlisten überkumpelten eine Feldwache und kamen bis dicht an die Laufgräben, wo dann Mann gegen Mann geschossen ward. Nach dem Gefechte fand man vierzig tote Carlisten; auch die Verluste der Truppen waren empfindlich. Von einem Sieg der Carlisten war keine Rede; indeß unterliegt es leider keinem Zweifel, daß Irún zum zweitenmale belagert werden wird.

Die in auswärtigen Zeitungen verbreiteten Nachrichten über die Schließung der Universitäten von Charkow und Kiew in Russland sind unwahr. Zur Zeit ist von Wien in höheren Lehranstalten außer den in Petersburg vorgefallenen nichts bekannt, und sind allgemeine Maßregeln gegen die höheren Lehranstalten in keiner Weise beabsichtigt.

Ein Circulär Agricola Paschas an die Repräsentanz der fremden Mächte zeigt diesen an, daß hinsichtlich in Übereinstimmung mit dem Gesetz über das Grund- und Eigentum, welches die Fremden den türkischen Untertanen gleichstellt, alle der Pforte durch die fremden Kanzleien mitgetheilten Acten oder Entwürfe unbeachtet bleiben werden. Sie müssen unmittelbar den türkischen Behörden übergeben werden.

Der Kandidat des griechischen Ministeriums, Barkos, wurde mit 95 Stimmen zum Präsidenten der Kammer gewählt; 37 Stimmzettel waren unbeschrieben.

In den Provinzen Parahyba und Pernambuco sind religiöse Ruhestörungen ausgetragen. Die Meuteter riefen: „Nieder mit den Freimaurern!“ Den Urteil hiezu gab die Verurtheilung der Bischöfe von Para und Pernambuco. Die Regierung hat Truppen und Kriegsschiffe von Pernambuco, Bahia und Rio Grande del Norte dahin beordert und die nötigen Maßregeln ergriffen. Die Ruhe dürfte bald wieder hergestellt sein.

Sparkassewesen.

Wir ersehen aus den veröffentlichten Daten der administrativen Statistik über den Stand des Sparkassewesens, daß in Österreich ein sehr empfänglicher und gesunder Boden für diese Institute vorhanden ist.

Wir ersehen, daß Österreich, was die Cultivierung des Sparkassewesens anbelangt, unter den europäischen Staaten in erster Linie steht. Die Zahl der Sparkassen beläuft sich gegenwärtig auf 259, und hat sogar im Kreisenjahre 1873 eine Vermehrung um 26 erfahren, in welchem Jahre die Einlagen sich auf 225 Millionen beliefen. Das gesamte Einlagenguthaben betrug 482 Millionen, um 79 Millionen oder 19 p. 1. mehr gegen das Vorjahr 1872.

In Österreich beträgt gegenwärtig die Zahl der Sparkassen-Intressen 1.207.680 und wird in dieser Beziehung nur von Großbritannien, welches 2.207.570 und von Frankreich, das 2.021.228 Intressen aufweist, übertroffen, wogegen es, was die Börsen der Anlagen anbelangt, hinter England, welches die Einlagenguthaben von 578 Millionen aufweist, zurückbleibt, aber auch vor Deutschland, welches 320 Millionen und Frankreich, das 215 Millionen Einlagen aufweist, steht.

In Österreich entfällt eine Sparlasse auf 80.383 Einwohner, in Frankreich auf 31.231, in England auf 6545; es kommen in Österreich auf 17, in Frankreich auf 18, in England auf 12 Köpfe ein Einleger und stellt sich das Guthaben per Einleger in Österreich auf 399 fl., in England auf 206 fl., in Frankreich auf 106 fl.; das Guthaben per Kopf der Bevölkerung in Österreich auf 23, in England auf 17, in Frankreich auf 15 fl. Man ersieht aus diesen Ziffern, wie hoch entwickelt das Sparkassewesen in Österreich sei.

Die finanziellen Fachblätter sind jedoch nicht geneigt, hierin so ohne weiters ein erfreuliches Moment zu erblicken und sie sind der Ansicht, daß gerade in dieser Prosperität der Sparkassen, daß in diesen Anlagenziffern doch nicht allein der Sparinn der Bevölkerung zum Ausdruck gelange, sondern auch ein Zeichen des Stillstandes des Handels und der Industrie zu erblicken sei, welcher Stillstand Tausende veranlaßte, statt ihre Gelder in Handel und Gewerbe zu fructifizieren, es vorzuziehen, dieselben einfach in die Sparlasse zu legen.

Es ist dies aber eine natürliche, instinctive Folge der jetzt stattgefundenen Découpe auf volkswirtschaftlichem Gebiete, die bekanntlich bei der Sucht nach vermehrten Reichthümern und bei den Verlockungen zu waghalsigen Speculationen mit großen Verlusten endete, so daß man sich bei den Sparkassen lieber mit kleinem, aber sicherem Gewinn begnügt und zufriedenstellt, anstatt in verlockende, jedoch unberechenbare Geschäftszüge einzulassen und demgemäß seine Ersparnisse auf Spiel zu setzen, d. h. alles zu verlieren.

Gagesneuigkeiten.

— (Kaisereise in Aussicht.) Wie dem in Sarajevo erscheinenden „National“ aus Wien mitgetheilt wird, beabsichtigt Se. Majestät der Kaiser im nächsten Frühjahr zum erstenmale Dalmatien zu besuchen. Der Kaiser soll diese seine Absicht dem Statthalter von Dalmatien H. M. Baron Rodich eröffnet haben, als der Landeschef vor seiner Abreise von Wien vom Monarchen in Privataudienz empfangen worden war.

— (Erinnerungsmedaille.) Se. Majestät der Kaiser spendete Erinnerungsmedaillen an die Marinemänner, welche die Schlachten bei Helgoland und Lissa mitmachten. Die Medaillen sind ein Theil von Gold, ein Theil von Silber, ein Theil von Bronze. Dieselben haben auf der Aversseite das Bildnis Tegetthoffs, auf der Reversseite eine Victoria. Die goldene Medaille erhielten die Mutter Tegetthoffs, die Admirale Bourguignon, Polk und Pez; sie silberne Medaille die Commandanten, die bronzene die übrigen Offiziere.

— (Parlamentarisches.) Am 29. d. fand in Wien eine Versammlung der verfassungstreuen Clubs des Abgeordnetenhauses bezüglich Berathung über die volkswirtschaftliche Lage statt. Sie wurde um 11 Uhr eröffnet und nach einigen einleitenden Worten des Abg. Freih. v. Eichhoff wurde Se. Excellenz Abg. Dr. Herbst zum Vorsitzenden gewählt. Abg. Kallir erklärte sich gegen die Einsetzung einer Commission seitens der Clubs und wies darauf hin, daß es ja Ausschlüsse des Hauses gebe, welche man mit einer solchen Aufgabe zu betrauen in der Lage wäre, denen man beziehungsweise positive Anträge zuwenden könnte. Redner stellte denn bestimmten Antrag: „Die Versammlung beschließt, von der Wahl einer speciellen Delegation Umgang zu nehmen und diejenigen Herren, welche Mittel zur Abhilfe der volkswirtschaftlichen Krise vorzuschlagen haben, aufzufordern, diese Mittel in Form von Anträgen im Hause einzubringen, damit dieselben den betreffenden Ausschlüssen zur Berathung und Berichterstattung zugewiesen werden. Dieser Antrag wurde angenommen.“

— (Sterbefall.) In Graz starb am 28. v. M. Herr Joseph Scharschmid Edler v. Adlerkreuz, l. l. Generalmajor im Ruhestande, 77 Jahre alt.

— (Goldene Hochzeit.) Am 24. v. M. feierten in Graz der l. l. Landesgerichtsrath im Ruhestand, Herr Johann Pendl und seine Gemalin Katharina, umgeben von ihren Kindern und einer Schar blühender Enkel, nach einer 50jährigen glücklichen Ehe ihre goldene Hochzeit; nach einer stillen Messe hielt der dortige Herr Probst, Dr. Riedl, eine ergriffende Ansprache. Nach der kirchlichen Einsegnung versammelte das noch thäufige Jubelpaar alle seine Lieben und Freunde zu einem heiteren Mahle, während dessen viele Telegramme und Briefe mit den herzlichsten Glückwünschen einlangten.

— (Verurtheilung eines Pfarrers.) Das Schwurgericht in München verurteilte den Landtagsabgeordneten Pfarrer Maier wegen Beleidigung des Bezirkgerichtsrathes Bachmaier und des Landrichters Dennerlein, begangen durch die Presse, zu acht Monaten Gefängnis und Tragung aller Kosten.

— (Zur Bevölkerungs- und Häuserstatistik.) Berlin zählte 1871 826.341 Einwohner, wovon auf die eigenliche einheimische Bevölkerung 822.487 Einwohner kommen. 414.616 sind männlichen Geschlechtes. Dem Adel gehören 7575 Personen an. Die jüdische Bevölkerung zählte 36.015, die katholische Confession 54.569 Personen, die protestantische 729.712, die anderen Religionen 2191 Angehörige aus. Häuser zählt Berlin 14.478, davon 830 öffentliche Gebäude, darunter 17 Theater, 3 Freimaurerlogen, 70 Vergnügungslokale und 116 Gasthäuser.

— (Bur Statistik des Kaffeeverbrauchs.) Die „Ball Mall Gazette“ schreibt: „Von allen europäischen Nationen verbraucht Frankreich verhältnismäßig die geringsten Mengen an Kaffee, England, das doch so viel Tee konsumiert, verbraucht jährlich per Kopf 1½ Pf., Deutschland 4, Dänemark 5½, die Schweiz 6, Belgien 8½, Holland 10½, die Vereinigten Staaten 7, Graubünden nur 2½ Pf. per Kopf. In keinem Lande jedoch ist der Verbrauch so stark wie in Kalifornien, wo 20½ Pf. auf den Kopf kommen.“

Locales.

Für Waldbesitzer.

Unzählige Stimmen erhoben sich bereits zu wiederholten malen in forst- und landwirtschaftlichen Versammlungen, in Tages- und Fachblättern gegen das forstwidrige Streusammeln in den Wäldern. Ein Blick auf den Bestand unserer Waldungen ruft Waldbesitzern die Mahnung zu: „Schonet Eure Wälder, befiehlt das Waldbrechen!“

In der „D. Landw. Blg.“ löst sich abermals die Stimme eines Forstmannes über die Nachtheile des Streusammelns für den Wald vernehmen, wie folgt:

„Die einzige Düngung, welche der Wald erhält, besteht in den von den Bäumen abfallenen Blättern und Nadeln, der sogenannten Waldstreu. Sie gibt durch ihre Zersetzung dem Boden die ihm durch die Holzentzündung entzogenen Stoffe wenigstens zum Theil wieder zurück. Sie bildet eine dauernde Quelle von Kohlensäure, welche — durch das Regenwasser in die Tiefe geführt — kräftig dazu beiträgt, die mineralischen Nährstoffe des Bodens aufzuschließen und die Verwitterung des Gesteins zu befördern. Sie fängt den Schnee und das Regenwasser sowie die atmosphärischen Niederschläge überhaupt auf, erhält den Boden dadurch frisch und feucht und schützt ihn vor dem so schädlichen Austrocknen.“

Alle diese günstigen Wirkungen der Streu auf das Gediehen des Waldes fallen fort, sobald ihm die Streu zu gunsten umliegender Felder durch Sammeln entzogen wird. Es ist das ein so im Finstern schlechendes, allmälig auszehrendes Uebel, so daß seine Nachtheile nur von denjenigen gehörig erkannt werden, welche sich mit der Natur der Wälder vertraut gemacht und ihrem Waldbaugang längere Zeit aufmerksam beobachtet haben.

Die Berechtigung, Streu im Walde zu sammeln, ist daher von den Waldbesitzern und namentlich von den Staatsforstern mit den größten Opfern abgelöst worden und dennoch wird fast alljährlich besonders von bauerlichen Besitzern, welche in der Nähe von Städten wohnen, wo sie Gelegenheit haben, das selbstgewonnene Stroh ihrer zu verkaufen, dahin gestrebt, das so verlauste eigene Stroh durch Waldstreu aus fremder Forst zu ersehen.“

Derartige Ansprüche an den Wald werden in diesem Jahre, wo infolge der anhaltenden Trockenheit die Genie an Sommerfrisch allerding nur mögig ausgefallen ist, wieder in übertriebener Weise und mit Ungeflügel erhoben. Um so energischer ist daher auch der Widerstand, den die Forstbeamten diesem das Werk der Wälder verzehrenden Uebel entgegensetzen.

Durch die Trockenheit dieses Jahres hat die Landwirtschaft selbst auf dem Sandboden nicht erheblich mehr gelitten, als auch der angrenzende Wald.

Die diesjährigen Saaten und Pflanzungen in den Wäldern sind vielfach misratzen. In den älteren Kulturen sind viele Pflanzen trocken geworden und selbst in dem haubarren Holze zeigen sich nicht wenige im Absterben begriffene Stämme.

Dazu kommt, daß das trockene Wetter die Vermehrung der schädlichen Waldinsecten im hohen Grade beginnt hat, und es sieht daher zu befürchten, daß durch diese im nächsten Jahre neue Gefahren bereitet werden. Wird nun noch demandrängen der Landwirthe nach Streu noch gegeben, so wird der dem Walde durch die Dürre bereits zugesetzte Schaden nur noch verschärmt.

Durch das Streusammeln wird dem Walde außerdemlich viel geschadet und der Landwirthschaft verhältnismäßig wenig genutzt. Tüchtige Landwirthe haben gar kein Verlangen nach Waldstreu und nur die weniger einsichtsvollen und die kleineren Wirths, welche das Stroh verkaufen, haben ihr Augenmerk darauf gerichtet. „Baub macht den Acker taub“, ist ein altes Sprichwort.“

— (Der Herr Landesregierungsrat l. l. Hofrat Ritter v. Widmann) ist mit dem gestrigen Schnellzuge von Triest nach Laibach zurückgekehrt.

— (Aus dem Vereinsleben.) Der Unterstützungsverein der laibacher Lehrerbildungsanstalt hält Sonntag den 6. December im physikalischen Cabinet (im ersten Stockwerke des Lycealgebäudes neben dem Museum) die diesjährige ordentliche Generalsammlung ab, wozu sämmtliche Mitglieder eingeladen wurden.

— (Bei dem Wohlthätigkeitsconcerfe), welches zum Vortheile des kranken slavischen Compositors Tocakovsky in der hiesigen Citalnica stattfand, wurden von wohlthätigen Händen 60 Gewinne gespendet und ein Reinertagnis von 110 fl. erzielt.

— (Fleischtarif pro Dezember.) Das Pfund Rindsleisch bester Qualität von Mastochsen kostet 29 kr., mittlere Sorte 25 kr., geringste Sorte 21 kr.; von Kühen und Bugochsen kostet die drei Sorten Fleisch 26, 22 und resp. 18 kr.

